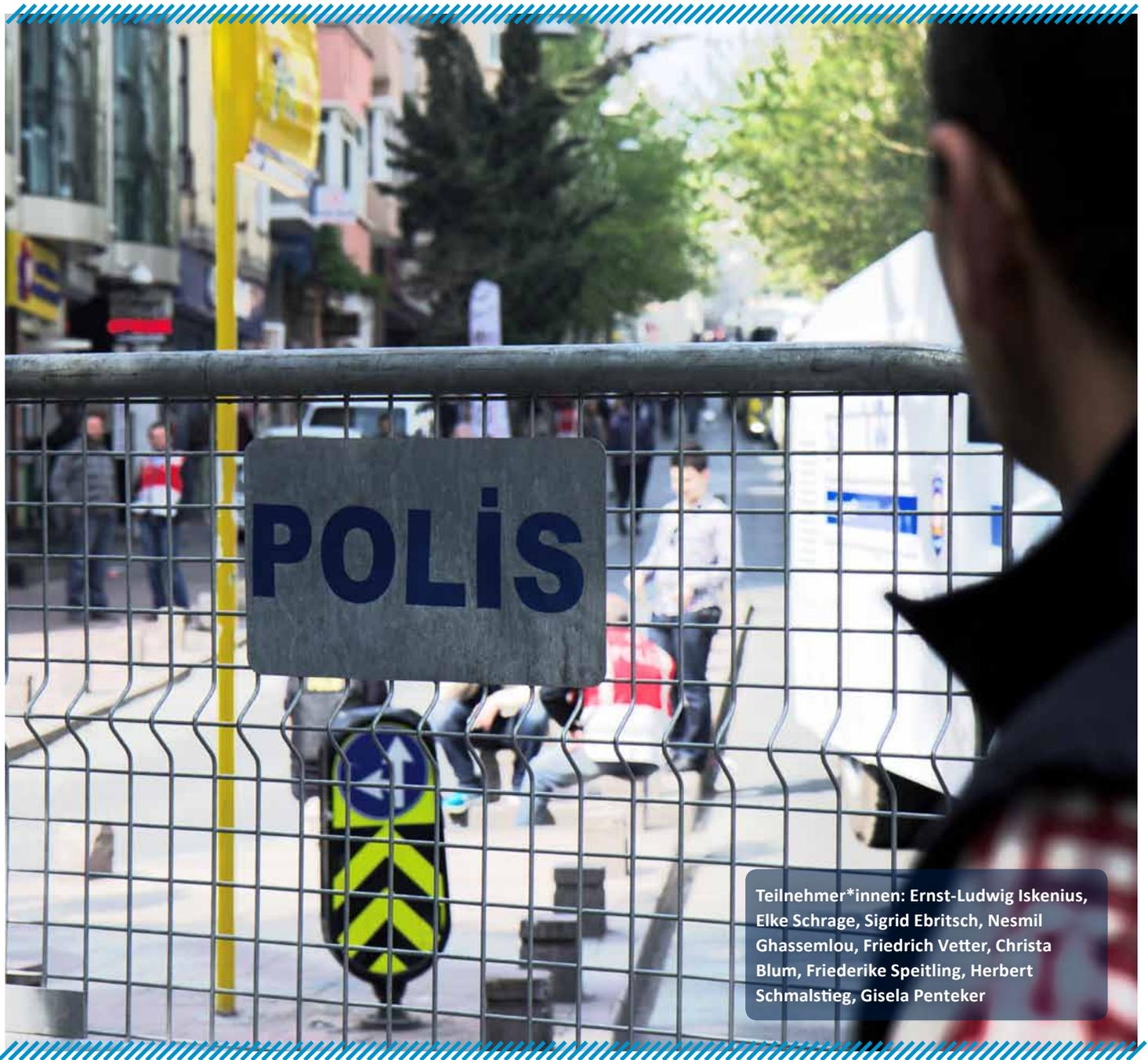


ippnw akzente

information der ippnw
internationale ärzte
für die verhütung des
atomkrieges – ärzte in
sozialer verantwortung



Teilnehmer*innen: Ernst-Ludwig Iskenius,
Elke Schrage, Sigrid Ebritsch, Nesmil
GhassemLou, Friedrich Vetter, Christa
Blum, Friederike Speitling, Herbert
Schmalstieg, Gisela Penteker

Foto: Andrew Reilly / CC BY-NC 2.0 (2015)

Ziviler Widerstand in Krisenzeiten

Online-Reise in den Südosten der Türkei vom 19.03. bis 23.4.2021

INHALT

Eindrücke der Reise09

Nazdar Ecevit und das deutsche Asylrecht10

Traumatische Erinnerungen an Cizre im März 2016.....11

Resümee11

STATIONEN DER REISE

Frauenverein ROSA, 19.03.05

Ärztchamber Diyarbakir, 24.03.05

Menschenrechtsverein IHD, 28.03.05

Anwaltschamber, 29.03.....05

Menschenrechtsverein TIHV, 02.0406

Ostergriße aus Diyarbakir, 02.04.06

Gesundheitsgewerkschaft SES, 03.04.06

Architektenchamber, 07.04.....06

Verein CocukCa für benachteiligte Kinder, 08.04.07

HDP, 09.04.....07

Erziehungsgewerkschaft Egitim Sen, 10.04.....17

Prozessbeobachtung in Istanbul, 15.04.08

DEVA-Partei, 17.04.08

Menschenrechtsverein TIHV in Ankara, 21.04.....08

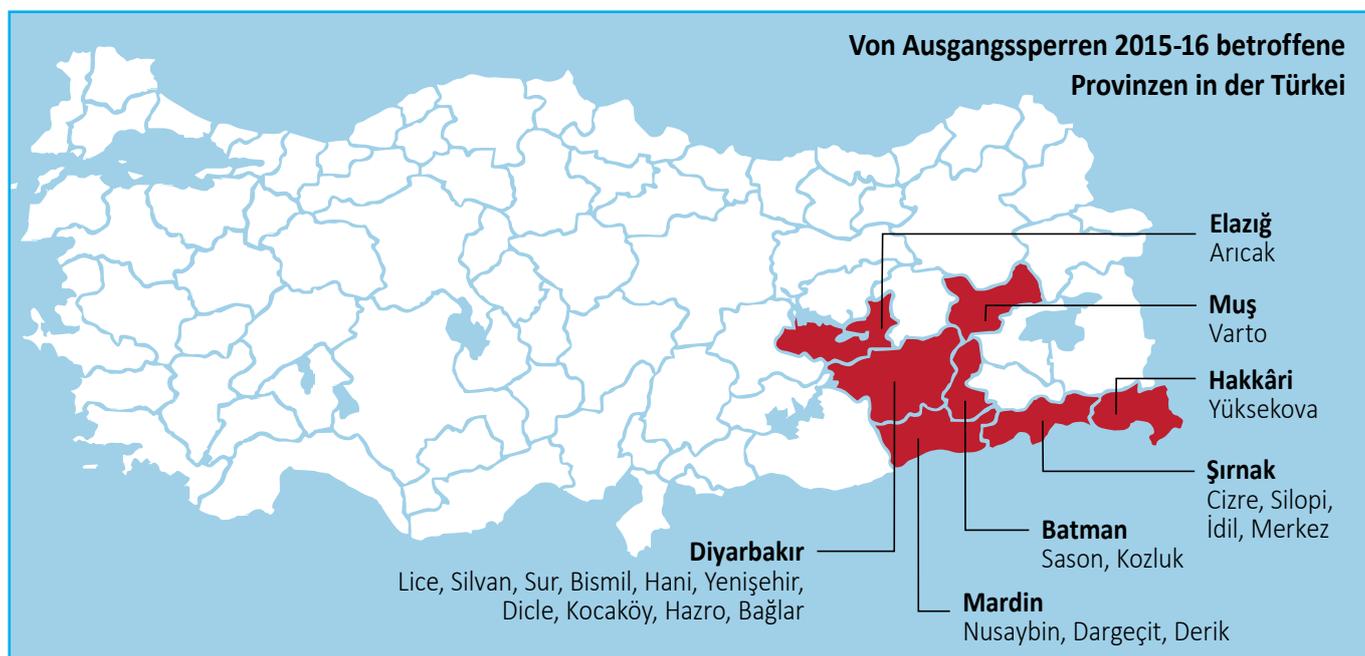
RUBRIKEN

Editorial03

Glossar.....04

Kontakt und Spendenmöglichkeit12

Impressum.....12



Quelle: Türkische Menschenrechtsstiftung TIHV 2016



DR. GISELA PENTEKER BESUCHTE 2020 DAS TEAM DES FRAUENZENTRUMS ROSA IN DIYARBAKIR.

Editorial: Physische Distanz und soziale Solidarität

Die diesjährige „Online-Reise“ zur Beobachtung der Menschenrechtslage in der Südosttürkei, dem türkischen Kurdistan, steht in der Tradition jährlicher IPPNW-Delegationen seit den 90er Jahren und füllt unseren Erfahrungsschatz weiter auf. Obwohl pandemiebedingt die Gespräche online von Deutschland aus stattfinden mussten repräsentieren unsere Interviews mit den Gesprächspartner*innen in Diyarbakir und Ankara einen Querschnitt pluralistischer Zivilstrukturen und Demokratiearbeit.

„Der Rechtsstaat ist zerstört“, „Parlamentarismus gibt es nicht mehr“ sind zentrale Aussagen unserer Gesprächspartner*innen in Diyarbakir und Ankara. Obwohl die Pandemie Verarmung und Spaltung verstärkte, steht sie für unser Gegenüber nicht im Vordergrund. Fast alle Gesprächspartner*innen betonen ihre Überzeugung, dass eine Rückkehr zu kommunalen Demokratie- und Friedensprojekten ein besserer Gesundheitsschutz wäre, als auf staatliche Hilfe zu warten. Aber werden Sie Teil unserer Reise, folgen Sie uns zu den einzelnen Gesprächen und verschaffen Sie sich selbst einen Eindruck.

Noch eine Ankündigung in eigener Sache:

Wir haben einige unserer Gesprächspartner*innen für den Herbst nach Deutschland eingeladen: u.a. zwei Psychologen, eine Ärztin, eine Rechtsanwältin und zwei Aktivist*innen aus der Brennpunkt-Arbeit mit Kindern.

Vom 09. bis zum 29. Oktober werden wir mit ihnen in Braunschweig, Hannover, Berlin und mehreren Stationen in Süddeutschland zivilgesellschaftliche Gruppen treffen und uns über medizinische, psychologische und friedenspädagogische Arbeit austauschen und Netzwerke knüpfen.

Am 14. Oktober 2021 planen wir in Braunschweig eine öffentliche Veranstaltung zu den Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen und friedenspolitischen Engagements. Dieser Abend soll als Hybridveranstaltung vielen die Möglichkeit bieten, unsere Gäste zu treffen. Mehr dazu auf der Rückseite des Heftes.

Eine gute Lektüre wünscht – Dr Gisela Penteker



FRAUENMARKT IN DIYARBAKIR (2019)

Glossar

AKP: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (Regierungspartei, Islamisch-nationalistisch) Regierungspartei seit 2002, vertritt ökonomisch einen neoliberalen Wirtschaftskurs, innenpolitisch den Umbau zu einem religiös islamistisch geprägten Staat, außenpolitisch zunehmend einen nationalistischen, neosmanischen Expansions- Kurs.

Anwaltskammer: rechtliche Vertretung aller Jurist*innen. Viele Mitglieder werden als Menschenrechtsaktivisten verfolgt. Der Vorsitzende der Anwaltskammer in Diyarbakir, Tahin Elci, wurde am 28.11.2015 auf offener Strasse ermordet.

Architektenkammer: Vertretung und Zusammenschluß von Architekten und Bauingenieuren. Üben heftige Kritik am offiziellen Wiederaufbau der 2015/16 durch türkisches Militär zerstörten Stadtteile wie Sur in Diyarbakir oder Cizre oder Şirnak

Ausgangssperren 2015/2016: eine Strafmaßnahme gegen widerständige kurdische Dörfer und Städte. Hunderte Zivilist*innen wurden getötet, Wohngebiete durch das Militär planiert. Bis heute werden die Ausgangssperren fortgesetzt, wenn auch in geringerem Ausmaß.

CHP: Republikanische Volkspartei, gegründet 1923, kemalistisch, sozialdemokratisch-nationalistisch, größte Oppositionspartei)- verfolgt eine strikt säkulare Politik.

DEVA-Partei: Partei für Demokratie und Fortschritt (Abspaltung der AKP), gegründet 2020, verfolgt einen neoliberalen Wirtschaftskurs unter Beibehaltung der Prinzipien einer parlamentarischen Demokratie. Tritt zum ersten Mal bei den nächsten Parlamentswahlen an.

Eğitim Sen: Bildungsgewerkschaft

HDP: Demokratische Partei der Völker - Linke, überwiegend kurdische Partei. Führende Politiker*innen sind seit einigen Jahren ohne faires Gerichtsverfahren im Gefängnis, viele Mitglieder werden mit Prozessen und Terrorismusvorwürfen überzogen. Es droht ein generelles Verbot.

IHD: Menschenrechtsverein, in allen großen Städten der Türkei vertreten, dokumentiert tägliche Menschenrechtsverstöße innerhalb der Türkei

Istanbul-Konvention: Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Die Türkei gehörte 2014 zu den Erstunterzeichnern. Sie ist aber auch der erste Staat, der 2021 diese Konvention gekündigt hat.

Kassationsgericht: Oberstes Berufungsgericht der Türkei zur Überprüfung von Urteilen der Straf- und Zivilgerichte. Sie entsprechen den deutschen Oberlandesgerichten bzw. Obergerichtswegen.

KESK: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

MHP: Partei der nationalistischen Bewegung, rechtsextrem, Koalitionspartner der AKP und sitzt mit in der Regierung. Sie gilt als politischer Arm der „grauen Wölfe“, einer rechtsextremen Organisation, der viele Gewalttaten und Anschläge gegen Linke zugeschrieben werden.

PKK: Arbeiterpartei Kurdistans, eine kurdisch-sozialistisch ausgerichtete militante Untergrundorganisation. Sie gilt der Regierung als Terrororganisation. Ihr seit 1999 verhafteter Gründer Abdullah Öcalan ist für viele Kurden symbolische Figur des kurdischen Widerstandes.

SES: Gesundheitsgewerkschaft, besonders im Südosten der Türkei aktiv

Türkische Ärztekammer: Zivilgesellschaftliche Vertretung von Ärzten. Die Mitglieder werden häufig verfolgt, Spitzenfunktionäre stehen häufig vor Gericht

TIHV: Türkische Menschenrechtsstiftung, unterhält mehrere Behandlungszentren für Folteropfer in der Türkei. TIHV war führend bei der Ausarbeitung des Istanbul-Protokolls zur Dokumentation von Folterspuren und gibt eine tägliche Zusammenstellung von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei heraus.

Newroz: kurdisches und persisches Neujahrsfest am 21. März, für die Kurden im Südosten der Türkei wichtigster öffentlicher Ausdruck ihres politischen Widerstandes gegen die Kurdenpolitik der türkischen Regierung

Samstagsmütter: (Cumartesi Anneleri) türkische Organisation von Angehörigen und Bürgerrechtlerinnen, die nach dem Verbleib von Personen fragen, die in türkischer Polizeihaft verschwunden sind. Sie versammeln sich samstags zu Kundgebungen auf markanten Plätzen in ihren Städten.

Tiefer Staat (derin devlet): konspirative Verflechtung von Militär, Geheimdiensten, Politik, Justiz, Verwaltung, Rechtsextremismus und organisiertem Verbrechen (Staat im Staate). In der Türkei besteht die weitverbreitete Ansicht, dass der „tiefe Staat“ bis heute noch eine signifikante Rolle in der türkischen Politik spielt.

Zwangsverwalter: Viele der Kommunen mit gewählten HDP-Bürgermeister*innen wurden von der AKP-Regierung nach den bewaffneten Auseinandersetzungen 2015/16 unter Zwangsverwaltung gestellt.



„Frauenrechte unter doppelter Belagerung“

Frauenverein ROSA in Diyarbakir, 19.03.2021

Bei Gründung in 2016 hatte sich der Verein einer Analyse der Frauen- und Menschenrechtslage in der Region aus feministischer Perspektive verpflichtet. Unter dem Ausmaß der staatlichen Repression und Notlage in der Pandemie muss er jetzt rund um die Uhr Sozialberatung und solidarische Hilfe für Frauen anbieten. Die mühsam erkämpften kommunalen Projekte fehlen. Bereits mehrfach verurteilt versuchen die Vorstandsfrauen durch Revisionen bis zum Urteil des Kassationsgerichtes Zeit für ihre frauenpolitische Arbeit zu finden. „Nicht die Verhaftung ist das Schlimme, sondern die Art und Weise: brutale Überfallkommandos um Mitternacht, zersplitternde Türen in den frühen Morgenstunden. Hierauf waren wir nicht vorbereitet. Besonders unsere Kinder und alten Eltern brauchen danach oft psychologische Hilfe.“ Die Kinder leiden auch unter den willkürlichen Besuchsverboten in den Gefängnissen am meisten. In den Sammelzellen sind die Gefangenen in der Pandemie nicht sicher. Der Ausstieg Ankaras aus der Istanbul-Konvention ist für „Rosa“ ebenso wie die Schleifung aller ihrer Doppelspitzen in öffentlichen Ämtern ein grundsätzlicher Angriff auf universelle Frauenrechte.



„An Gesundheit und Freiheit darf man nicht sparen“

Ärzttekammer Diyarbakir, 24.03.2021

Staatswohl geht vor Bürgerwohl, wenn staatliche Corona-Statistiken geschönt, von den Kliniken Diagnoseschlüssel manipuliert werden. Im Gesundheitswesen zeigt sich ein Mangel an Ausstattung und Personal. Politisch motivierte Berufsverbote und Ersatz durch oft unerfahrenere AKP-Anhänger*innen sind auch in der Pandemie nicht zurückgenommen worden. Wirtschaft geht vor Arbeits- und Frauenrechten, besonders im Frauen lastigen Niedriglohnsektor. In staatlichen Jobs gibt es nur noch Regierungsanhänger*innen. Das zunehmende Armutsproblem wütet in Familien mit Zunahme der Gewalt gegen Frauen und Kinder und mit einer steigenden Suizidrate. Vom kurzzeitig zugeschalteten Ehrenpräsidenten Mahmut Ortakaya bis zu den jungen Kolleg*innen sorgen sich alle um die physische und soziale Gesundheit in der Türkei.



„Die Regierung muss wieder einen demokratischen Weg beschreiten!“

Menschenrechtsverein IHD Diyarbakir, 28.03.2021

Seit 2016 verbietet Ankara alle oppositionellen Versammlungen und Demonstrationen im Freien in der Region. Auch das traditionelle Treffen der Samstagmütter (Mütter der Verschwundenen), denen der IHD daraufhin seine Büroräume zur Verfügung stellte. Dann drangen Polizei und Sicherheitskräfte bei diesen Treffen oder eigenen Pressekonferenzen des IHD direkt in die Räume ein. 2020 wurden unter dem Vorwand von Corona-Auflagen Versammlungen auch in geschlossenen Räumen verboten. AKP/MHP-Veranstaltungen unterliegen diesen Verboten nicht. Auch die Mütter/Eltern, die sich die jetzt regelmäßig vor dem Eingang zur HDP-Zentrale versammeln und ihre erwachsenen Kinder aus den Bergen (=von der PKK) zurückfordern, betrifft das Verbot nicht. Die AKP organisiert ihre Anreise. Das sei eine „Wahrnehmungsoperation“, um die HDP kontinuierlich mit der PKK und vor allem mit Gewalt in Verbindung zu bringen, berichtet Herr Z. vom IHD-Vorstand. IHD versuche immer, alle Dialogwege offen zu halten, habe Gespräche und Vermittlung den Angehörigen auf beiden Seiten immer angeboten. „Gewalt ist keine Lösung.“ Diese neue Gruppe sei nie auf das Angebot eingegangen. Herr Z. berichtet auch von den Gefangenen und den verschiedenen Gefängnistypen. Aus der EU halten nicht mehr Regierungen, sondern nur noch NGOs Dialogwege offen. Herr Z. hofft, uns im nächsten Jahr wiederzusehen – „gesund und frei“.



„Vernichtung der Rechtsstaatlichkeit“

Anwaltskammer Diyarbakir, 29.03.2021

Unser Gesprächspartner aus dem Vorstand der Anwaltskammer weiß gar nicht, wo er anfangen soll zu berichten. Zu zahllos seien die staatlichen Rechtsverletzungen. Eine Paralleljustiz sei weit voran geschritten. Gerade wurden per Dekret parallele lokale Kammern zugelassen wo es bisher nur eine gewählte Anwaltskammer gab. Verhaftungen sind die Regel für die, die in politischen Prozessen noch verteidigen, selbst für Teilnahme an Wahlberatungskommissionen, die offiziell vorgesehen sind. Mit der Entlassung von 5.000 der 14.700 Richter- und Staatsanwält*innen in 2016 und Einstel-



lung von 15.000 AKP-treuen Kolleg*innen ist die Türkei gewappnet für weitere Schauprozesse. „Heiliger Staat“ – ein überhöhter, unangreifbarer Staatsbegriff auf der Grundlage von Nationalismus und Islamisierung sei Staatsräson geworden. Internationale Delegationen kommen nicht mehr in die Region, flächendeckende Ausreiseverbote dienen der Isolierung kritischer Kolleg*innen.

Internationale Zusammenarbeit und Austausch erwünscht

Menschenrechtsstiftung TIHV in Diyarbakir, 02.04.2021

Zwei Psychologen und eine junge Ärztin stellen uns die Arbeit ihrer Stiftung vor, die Therapie- Zentren in verschiedenen Großstädten und ein Referenz-Zentrum in Cizre betreibt. Die Drei sind mit einem Berufsverbot für alle staatlichen Einrichtungen belegt. Noch sind Stiftungen in der Türkei etwas weniger angreifbar als Vereine. Sie schildern ihren sehr entwickelten, multiprofessionellen Ansatz, mit einem lokalen Netzwerk ehrenamtlicher Fachkolleg*innen Menschen nach Folter und Traumatisierung Hilfe und Therapie anzubieten – betroffene Menschen aus ihrem Umfeld werden dabei mit einbezogen. Auch Zeug*innen von Gewalt können betroffen sein. Ihre Klient*innen sind Entlassene nach Langzeit-Gefängnisstrafen, Geflüchtete, Opfer des IS u.a. Gerade habe Präsident Erdogan sie als „Pseudo-Behandlungszentrum“ bedroht. Dennoch sprühen sie vor Arbeitsenergie. Sie wünschen sich einen internationalen Fachaustausch mit Traumatherapeut* innen.



Ostergriße aus Diyarbakir

Christliches Leben in der Südost-Türkei, 02.04.2021

Die unsere Gruppe langjährig begleitende Anthropologin Dara, die damals von Osman Beydemir zur Aufarbeitung der multireligiösen Geschichte von Stadt und Region, auch des Genozides an den Armenier*innen, als Fachfrau in die Verwaltung aufgenommen wurde, fristet jetzt ein demütigen- des Dasein an einem verstaubten Empfangstresen. Auch in die städtische Putzkolonne war sie schon versetzt worden. Für ihre kurdisch-christliche Identität sieht sie keinen Platz mehr in der Stadt. Es gebe keinerlei Gemeindeleben mehr in der Millionenstadt, nur ihren kleinen Familien- kreis. Ihr Grußfoto von der im Städtekrieg 2015-16 wieder zerstörten größten armenischen Kirche der ganzen Region, die gerade zuvor mit Hilfe der armenischen Diaspora aufwendig restauriert worden war, spricht Bände. Christliches Leben hat kein Dach mehr im Südosten der Türkei.



„Gewerkschaftsarbeit ist schwieriger geworden“

Gesundheitsgewerkschaft SES Diyarbakir, 03.04.2021

Der Ko-Vorsitzende erinnert an unsere früheren Besuche und an die Fortbildungen, die Nesmil GhassemLou für Psychologen in Diyarbakir durchgeführt hat, als das noch möglich war. Die Ko-Vorsitzende ist an Corona erkrankt, andere Mitglieder im Notdienst lassen grüßen. Die Mitglieder der SES beobachten, dass die Gesundheitssysteme der Pandemie offenbar weltweit nicht gewachsen sind. Die Regierungen greifen für ihre einschneidenden Beschlüsse nicht auf die Expertise von Gesundheitsfachleuten vor Ort zurück. In der Türkei wird der Sinovac-Impfstoff verwendet. Da ein Großteil der Bevölkerung der Regierung nicht vertraut, lassen sich viele Menschen, auch im Gesundheitswesen, nicht impfen. Das Personal ist stark belastet. Die offiziellen Zahlen sind beschö- nigung – wer sie anzweifelt, wird angeklagt. Die SES hat Broschüren und kleine Videos gegen die Desinformation erstellt, die sie über die sozialen Medien verbreiten, da jede Öffentlichkeitsarbeit verboten ist. Für ärmere Menschen gibt es häufig keine Behandlung. Hier versuchen sie, ehrenamt- lich Hilfe zu organisieren. „Coronaleugner“ gäbe es in Diyarbakir nicht. Die Menschen hätten zu viele reale Sorgen und viele hätten Angehörige durch die Pandemie verloren.



„Die Regierung will die Spuren kurdischer Geschichte vernichten“

Architektenkammer, 07.04.2021

Wir sprechen mit Vertreter*innen der Plattform zur Bewahrung des Kulturerbes, der neben Inge- nieurs- und Architektenkammer weitere NGOs angehören. Die Trauer um die in den kriegerischen Auseinandersetzungen 2015-16 zerstörten Städte – die Altstadt Sur von Diyarbakir, Cizre, Shirnak, Nuseybin und Yüsekova ist groß. Es bliebe ihnen nur noch, die Zerstörung zu dokumentieren, die zumindest in Sur unumkehrbar sei. Zugang hätten auch nach sechs Jahren nur die aus Ankara kommenden Mitarbeiter des Ministeriums für Urbanisierung und Bauleute, die sich für die beson-



dere Geschichte der Stadt nicht interessieren. Bezeichnend sei die Umbenennung des Kulturministeriums in Ministerium für Urbanisierung. Dessen Markenzeichen sei der Beton. Der zerstörerische Umgang mit der Geschichte betreffe auch andere bedeutende Kulturstätten wie die 10000 Jahre alte Höhlenstadt Hasankeyf, die in einem großen Stausee versinkt, oder die touristische Vermarktung der steinzeitlichen Kultstätte Göbekli Tepe. Unterstützung erhoffen sie sich durch die Vernetzung z.B. mit World Heritage Watch.

„Wir wollen auch die Friedensutopien der Kinder hören!“

Verein CocukCa für benachteiligte Kinder, 08.04.2021

Der Verein in Diyarbakir konnte letztes Jahr mit einer Spende aus Köln gegründet werden und wird ehrenamtlich von einem multiprofessionellen Team geführt, die alle seit 2015 ihre Arbeit verloren haben. Bisher hätten sie Spenden vom Goetheinstitut und anderen Organisationen aus dem Ausland bekommen, das sei aber zunehmend schwierig, weil alles vom Gouverneur kontrolliert werde. Nach einem neuen Gesetz sei es jetzt möglich, auch Vereine unter Zwangsverwaltung zu stellen und die Konten einzufrieren. Viele der engagierten jungen Leute sind Absolventen des inzwischen verbotenen Hilfsvereins Sarmasik. Ihre Utopie für eine nachhaltige Friedensarbeit setzt nicht nur bei Kindern und Jugendlichen an bevor sie Hardliner der einen oder anderen Seite werden können. Sie selbst sind auch ein lebendiges Beispiel, wie durch Bildungsarbeit Professionalität und Heilung in der Region entstehen und in der Region gehalten werden können. Ihr Plan ist der Aufbau eines Friedensdorfes, in dem sie mit den Kindern Friedensutopien diskutieren können.

„Wir fordern einen Demokratieprozess für alle Völker und Religionen“

HDP in Diyarbakir, 09.04.2021

Von unseren vier Gesprächspartner*innen sind die beiden letzten frei gewählten Co-Vorsitzenden der HDP in Diyarbakir Hülya Alökmen und Zeyyat Ceylan gerade aus Haft entlassen. Frau Alökmen wird kurz nach unserem Gespräch wieder in Haft genommen wegen einer Anklage aus 2009. Auch ihre Vertretungen Gülsen Özer und Irfan Söner sind mit Anklagen und Urteilen belegt. Parlaments- und Parteiarbeit sei unter dem Präsidialsystem heute in der Türkei für alle Parteien außer der AKP/MHP unmöglich geworden. Gegen die HDP laufe aber eine regelrechte „Teufelsjagd“. Die HDP versuche weiterhin, Koalitionen zu schmieden. Die Zwangsverwaltungen aus Ankara, Plünderung ihrer kommunalen Kassen, nicht gewählte sondern AKP/MHP besetzte Gouverneursposten, die Auslöschungen ihrer sozialen und politischen Projekte vor Ort treffe die Partei und ihre Wähler*innenschaft ins Mark. Alle Vier machen einen erschöpften Eindruck. Ein Parteiverbot gegen ihre kurdisch-pluralistische Bewegung habe eine lange Tradition. Das sei nur ein weiterer Schritt, schrecke sie aber nicht vorrangig.

Pandemie der Ungleichheit in der Türkei

Erziehungsgewerkschaft Egitim Sen Diyarbakir, 10.04.2021

Was das Bildungssystem betreffe, sei die Türkei ein Drittwelt-Land, besonders hier im Südosten. Schon vor der Pandemie waren viele Lehrerstellen nicht besetzt (186 000 landesweit). In den staatlichen Schulen drängten sich 40-50 Kinder in einer Klasse. Die Schulen waren ein ganzes Jahr weitgehend geschlossen. Die Forderung der Gewerkschaft nach Digitalisierung sei nicht gehört worden. Für 500 000 Schüler*innen in Diyarbakir hätte das Bildungsministerium in Ankara 17 000 Tablets geschickt, die überwiegend in Gymnasien, wenige auch in Mittelschulen verteilt wurden. Zu der Enge in den Schulen käme die Enge in den Wohnungen der großen Familien. Es herrsche an den Schulen eine Atmosphäre der Angst. Lehrer*innen aus dem Westen würden zum Dienst im Südosten zwangsverpflichtet oder seien Ehefrauen von regierungstreuen Militärs oder Polizisten. Lehrer*innen würden einer Gesinnungsprüfung unterzogen und immer drohe Versetzung oder Entlassung. Die Liste der Klagen und Mängel ist lang. Gewerkschaftsarbeit ist schwierig und gefährlich geworden. Die Egitim Sen habe viele Mitglieder verloren. Trotzdem strahlen unsere Gesprächspartner*innen Kraft und Resilienz aus.



Foto: CeeGee / CC BY-SA 4.0



Urteile am Fließband

Prozessbeobachtung in Istanbul, 15.04.2021

Für Gisela Penteker die Gelegenheit zu einem Ausflug ins reale Istanbul. Zusammen mit einem erfahrenen Juristen flog sie Auftrag der Stadt Hannover zur Prozessbeobachtung von Yüksel Westling, einer langjährigen Mitarbeiterin der hannoverschen Stadtverwaltung, die nach einem Besuch bei ihrer kurdischen Familie in der Türkei festgehalten und unter dem Vorwurf der „terroristischen Betätigung“ angeklagt wurde. Sie bezeichnet das als eine Art Geiselnahme für die Verhandlungen der türkischen Regierung mit Deutschland. Wegen des gerade opportunen Tauwetters wurde sie freigesprochen und konnte nach Deutschland zurückkehren. Während der langen Wartezeit in dem riesigen Justizpalast, in dem politische Unrechtsurteile in unzähligen Gerichtssälen gesprochen werden, konnten wir die ein- und ausströmenden Menschen in der großen Halle beobachten. Besonders die jungen Frauen zeigen sich modern und selbstbewusst. Man kann sich nicht vorstellen, dass hier das Rad wieder in eine patriarchale, islamistische Gesellschaftsstruktur zurückgedreht werden könnte.

„Die Krise der Türkei ist die Abwesenheit eines funktionierenden Parlamentarismus“

DEVA-Partei, 17.04.2021

Die DEVA-Partei versteht sich nicht als eine Abspaltung aus der AKP. Ihre Gründungsprinzipien seien Befähigung (liyakat), Meinungsfreiheit, gesellschaftliche Vielfalt und Gewaltenteilung. Ihr Parteiprogramm sei aus einer landesweiten Befragung der Bevölkerung entstanden mit den Schwerpunkten Gesundheit und ökonomische Krise. Die Partei wolle mit den anderen Parteien Plattformen für einen funktionierenden Parlamentarismus bilden und die jetzigen Grenzen von Ideologie und ethnischen Identitäten überwinden. Der kurdische Vertreter, ein Menschenrechtsanwalt aus Diyarbakir, setzt die Schwerpunkte etwas anders: Das Hauptproblem für die Menschen seien nicht die Pandemie und die Wirtschaftskrise, sondern die Krise der Justiz, die Freiheitsrechte und die Marginalisierung.

Foto: Alan Cabello / Pexels



„In der Pandemie brauchen wir körperliche Distanz und soziale Solidarität“

Menschenrechtsstiftung TIHV in Ankara, 21.04.2021

Internationale Menschenrechtsnormen hätten immer weniger Gewicht. Der EuGMR lehne heute viele Verfahren aus formalen Gründen ab. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte der UN werde demontiert. Gegen den Abbau der Rechtsstaatlichkeit bilde sich ein zunehmend strukturierter Widerstand. So entstünden in den Regionen Solidaritätsgruppen aus TIHV, IHD und anderen zivilen Organisationen, die sich gegenseitig stützen und schützen. Trotz aller Verhaftungen und Einschüchterungsversuche des Staates könne die Stiftung ihre Arbeit fortführen und habe einen großen Zulauf von tüchtigen jungen Mitarbeiter*innen.



„Niemand will in einer Diktatur leben“

Menschenrechtsverein IHD Ankara, 23.04.2021

Thema ist die wachsende Repression, auch wieder straflose Ermordungen von Oppositionellen wie Tahir Elci, dem Präsidenten der Anwaltskammer Diyarbakir 2015. Solange die fundamentalen Probleme der Türkei nicht gelöst würden, könne es keine Gerechtigkeit geben. Dabei sei die Lösung der Kurdenfrage der Schlüssel zum Frieden. Der sogenannte „Tiefe Staat“ sei jetzt offen an der Macht. Es scheine, als ob die Mafia das Land übernommen hätte. Die politische Opposition in der Türkei sei stark, auch wenn sich das nicht in Parteien widerspiegeln. Es seien die Graswurzelbewegungen, die die Kurdenfrage lösen und Frieden erreichen wollten. Bei unserer Arbeit in Deutschland habe es keinen Sinn, unrealistische Maximalforderungen zu stellen. Wir sollten vielmehr geduldig und Schritt für Schritt informieren und Bewusstsein schaffen.



TAHIR ELCI

Parallel fand an diesem Tag in Deutschland ein Versuch statt, die Kurdin Nazdar Ecevit aus Cizre in die Türkei abzuschleppen. Ausführliche Gesprächsprotokolle finden Sie in unseren Blog-Beiträgen unter blog.ippnw.de/tag/turkei unter dem jeweiligen Titel, dem Datum oder Namen der Organisation.

Eindrücke der Reise

Alle Gesprächspartner*innen in Diyarbakir heben die sprunghafte Verarmung der Bevölkerung hervor. Die Pandemie treffe auf eine vorbestehende tiefe Wirtschaftskrise mit hoher Inflation. Besonders in den mehrheitlich kurdischen Gebieten kämen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen staatlicher Repression aus Berufsverboten, Massenentlassungen und überfüllten Gefängnissen hinzu. „Entweder du stirbst am Hunger oder du stirbst an Corona“, sei ein geflügeltes Wort geworden – nicht nur bei den vielen Tagelöhner*innen und Kleingewerbetreibenden. Gerade Frauen im Niedrig-Lohnsektor verlor in der Pandemie ihre Jobs und Lebensgrundlage für ihre Familien. Wie in Deutschland sei die (Industrie-)Produktion nicht eingeschränkt worden. Schulen und Universitäten hingegen waren in der Türkei bis zum 31. März 21 für ein ganzes Jahr weitgehend geschlossen. Gewalt in Familien und Suizide hätten in der Pandemie zugenommen.

Nach den erneuten Zwangsverwaltungen mehrheitlich kurdischer Städte und Gemeinden im Südosten bedrohe das anstehende HDP-Verbot jetzt jede Opposition der Türkei existenziell. Trotz wirtschaftlicher Verelendung schreite eine linientreue Umgestaltung der Gesellschaft durch die AKP/MHP-Regierung voran. Im Zentrum des Interesses würden Moscheen und Shopping-Malls stehen, das Bildungssystem sei ausgehöhlt. Regierung, Polizei und Justiz seien zu staatlichen Repressionsinstrumenten geworden.

Jedes Jahr treffen wir bei den Repräsentant*innen und Aktivist*innen der Zivilgesellschaft auf neue Gesichter. Sie werden mit Prozessen und Haftstrafen überzogen. Das konföderativ-partizipative Gesellschaftsmodell, das in den Jahren des Friedensprozesses vor 2015 umgesetzt wurde, scheint jetzt in kleinen, motivierten Gruppen in Bereichen wie Pädagogik oder Hilfe nach Gewalt und Folter zu überleben. Der Organisations- und Selbstermächtigungsgrad der kurdisch-multietnischen Oppositionsgruppen ist für uns ermutigend. Dennoch verstummt diese Politik immer mehr. Die HDP-Doppelspitze in Diyarbakir – Zeyyat Ceylan und Hülya Alökmen – ist kurz vor unserem Gespräch aus der Haft entlassen worden. Hülya Alökmen wird kurz darauf wieder in Haft genommen – für eine Anklage aus 2009. Der Chirurg und Ärztekammer-Vorsitzende Dr. Selcuk Mizrakli, der letzte gewählte Co-Oberbürgermeister der Millionenstadt, bleibt weiterhin in Haft. Im am 26. April 2021 begonnenen „Kobane-Prozess“ beantragt die Staatsanwaltschaft 15.000 Jahre Haft für die inhaftierten ehemaligen HDP-Covorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ. 108 Politikerinnen und Politiker werden im Zusammenhang mit den Protesten während des IS-Angriffs auf Kobane im Oktober 2014 terroristischer Straftaten beschuldigt. Neben vielen Einzelschicksalen erfahren wir in Diyarbakir, dass von den 14.700 Richter*innen und Staatsanwält*innen der Türkei nach dem Putschversuch in 2016 auf einen Schlag 5.000 entlassen und durch 15.000 linientreue Hochschul-Absolvent*innen ersetzt wurden. Das Präsidialsystem der Erdogan-Regierung ist also gerüstet für weitere politische Schauprozesse. Unsere Gesprächspartner*innen beklagen, dass sich all das vor den Augen von demokratischen Staaten vollziehe, die

bestenfalls hin und wieder „ihre Besorgnis“ ausdrückten, während Militär- und Wirtschaftspolitik unverrückbar Vorrang vor Menschenrechten hätten. Auch wenn die Entwicklung in der Türkei nicht mit der in Deutschland vergleichbar ist, finden sich 2021 doch viele Parallelen: Die gesellschaftlichen Probleme zur Bewältigung der Pandemie sind vergleichbar. Die initialen Probleme teilprivatisierter Gesundheitssysteme ähneln sich. Die besonderen Probleme wie Repression, autoritärer Zentralstaat, Missmanagement und Wirtschaftskrise mit den Gewinner*innen und Verlierer*innen sehen wir in der Türkei wie durch ein Brennglas, finden Ansätze aber auch bei uns, die durch den strukturellen Reichtum hier noch für viele verdeckt werden.

Der Umgang der Zivilgesellschaften mit den mit der Pandemie begründeten Bürgerrechtseinschränkungen divergiert. Auf kurdischer Seite wird betont, die Menschen im Südosten drängten mehr noch als auf Gesundheit und Wohlstand auf ihre Freiheit und Zivilstrukturen, um Gesundheit und Bürgerrechte zu verwirklichen. Während wir auf deutscher Seite eine immer tiefere Spaltung der Gesellschaft in der Pandemie erleben, fordert die kurdische Seite ganz klar: „Physische Distanz, aber soziale Solidarität“ als Ausweg nicht nur aus den Pandemiestrukturen. Aktuell sind der Ausstieg Ankaras aus der Istanbul-Konvention und das drohende HDP-Verbot den deutschen Medien Schlagzeilen wert.

Aus Frankfurt/Main soll die kurdische Aktivistin Nazdar Ecevit in die Türkei abgeschoben werden. Dass Ecevit aus Cizre stammt, wühlt in uns die Erinnerung und die Bilder vom März 2016 auf. Auch in uns ist die Traumatisierung der systematischen Grausamkeiten wirksam und lange noch nicht aufgearbeitet, mit der kurdisch-oppositionelle Gemeinden im Südosten damals überzogen wurden. Ecevits Fall macht uns noch einmal bewusst, dass es für viele Menschen, die im Vertrauen auf gültige Menschenrechte und internationale Konventionen in Deutschland Schutz suchen, diesen Schutz nicht gibt. (s. S. 10)

Wir sind uns nicht einig, wie realistisch das erklärte Ziel der Deva-Partei ist, den Parlamentarismus wieder herzustellen, „ohne Ideologie und Nationalismus“ Menschenrechte für alle Bürger*innen des Landes zu sichern und innerhalb der Opposition Brücken zu bilden. Unklar ist, ob diese Neugründung des langjährigen Wirtschaftsministers und AKP-Aussteigers A. Babacan über Wirtschaftsliberalismus hinauskommt.

Bei allen Gesprächspartner*innen in Diyarbakir und Ankara zeigt sich deutliche Sehnsucht nach einer Zeit „nach Erdogan“. Unsere Online-Treffen waren sehr berührend, weil unsere Gesprächspartner*innen sich so über unser Gesprächsangebot und unser Interesse freuten. Sie gaben uns bereitwillig Termine und hatten einen großen Bedarf, sich mitzuteilen. Wir danken ihnen allen für ihre Offenheit und die vielen wertvollen Informationen. Wir danken unserer Dolmetscherin Serra, ohne die das alles nicht möglich gewesen wäre.

Nazdar Ecevit und das deutsche Asylrecht

Mitten in unsere Onlinegespräche mit den verschiedenen Partner*innen aus Diyarbakir und Ankara platzte die Nachricht, dass eine Kurdin vom Frankfurter Flughafen in die Türkei abgeschoben werden sollte. Da wir von all den Verhaftungen, Repressionen, der ganzen Willkür und Rechtlosigkeit in der Türkei erfahren hatten, ohne etwas tun zu können, waren wir jetzt entschlossen, eine Abschiebung in dieses Land nicht zuzulassen. Als wir zudem hörten, dass Nazdar Ecevit, um die es ging, politische HDP-Aktivistin aus Cizre war, nahmen wir all unsere Kraft zusammen, um sie zu unterstützen.

Nazdar Ecevit ist die Schwester des entlassenen Ko-Bürgermeisters von Cizre, die schon vor 2015 fünf Jahre im Gefängnis war.

Sie hat die bewaffneten Auseinandersetzungen und Zerstörungen 2015/16 in Cizre erlebt und wurde bei dem Versuch, eingeschlossenen Menschen zu helfen, verletzt, bevor sie nach Deutschland flüchtete. In uns wurden die Erinnerungen an unseren Besuch in der zerstörten Stadt 2016 wach, bei dem wir tief erschüttert die Folgen des wochenlangen Beschusses durch das Militär und all die dabei verübten Grausamkeiten und die Schockstarre der Bewohner*innen erlebt hatten. In Deutschland wurde damals kaum darüber berichtet, man brachte diese Zerstörungen nicht mit der Türkei in Verbindung, verdrängte es, als hätte man mit den Ruinen in Syrien genug gesehen.

Offenbar ging es auch der Richterin so, die über den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnten Asylantrag neu urteilen sollte und die den Berichten von Nazdar Ecevit nicht glaubte. Sie hätte die Wahrheit leicht herausfinden können.

Nachdem Nazdar Ecevit verhindern konnte, ins Flugzeug zu steigen, kam sie ins Abschiebegefängnis nach Darmstadt, begann einen Hungerstreik und wurde dort nach einigen Tagen entlassen, nachdem der Petitionsausschuss des Hessischen Landtags sich ihres „Falls“ angenommen hatte.

In Absprachen mit anderen Initiativen wie dem hessischen Flüchtlingsrat gab die IPPNW eine Presseerklärung heraus, die zu einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau führte. Wir schrieben an die Mitglieder des Petitionsausschusses und hielten eine Rede auf einer Kundgebung für die Freilassung von Frau Ecevit vor dem Hessischen Landtag. Wir werden die weiteren Aktivitäten aktiv mittra-



NAZDAR ECEVIT

gen, denn es ist immer noch nicht sicher, dass Nazdar Ecevit einen Aufenthalt in Deutschland bekommt.

Nazdar Ecevit ist kein Einzelfall. Immer mehr Menschen fliehen vor der Repression und Bedrohung ihrer Existenz nach Europa, oft nach Deutschland, wo viele Verwandte haben. Nach der Asylgeschäftsstatistik des BAMF vom März 2021 ist die Türkei nach Syrien, Afghanistan und Irak auf Platz 4 der Herkunftsländer. Die Anerkennungsquote von Januar bis März 2021 war 31,3 Prozent. Aus der Statistik geht nicht hervor, wie viele der Asylsuchenden Kurden aus dem Südosten sind – nur die Staatsangehörigkeit zählt. Prominente Politiker*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen finden oft auch am

Asylverfahren vorbei hier Sicherheit.

Kleinen Leuten wird aber häufig ihre Verfolgung nicht geglaubt. Oder Bundesamt und Verwaltungsgericht beziehen sich auf den Lagebericht des Auswärtigen Amtes, nach dem die Kämpfe im Südosten abgeflaut seien und die Gefährdungslage sich verbessert habe. Wir kennen den Fall einer Mutter mit kleinen Kindern, auch aus Cizre, deren Mann bei den Kämpfen umgekommen und deren älteste Tochter verschwunden ist. Sie hat sich mit den Kindern erst nach Istanbul und dann relativ schnell nach Deutschland durchgeschlagen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterstellte ihr, sie habe sich die Geschichte aus den Erzählungen anderer Flüchtlinge und Berichten aus Cizre zusammengereimt. Im Verwaltungsgerichtsurteil nennt der Richter die Vergewaltigung der Frau auf der Polizeistation einen „Amtswalter-Exzess“ in der damals aufgeheizten Situation. Eine Wiederholung sei nicht zu erwarten, weil sich die Lage inzwischen entspannt habe. Dazu kommt, dass offenbar auch die Entscheider beim Bundesamt und die Verwaltungsrichter nicht frei von verbreiteten Vorurteilen gegen Kurden sind, die in die Nähe von Terroristen gerückt werden. Es liegen uns weitere Beispiele von kurdischen Menschen vor – zum Teil sogar hier geboren – denen ein sicheres Leben in Deutschland verweigert wird, obwohl sie hier Arbeit haben und niemandem zur Last fallen. Ein Grund ist das immer noch bestehende Verbot der PKK in Deutschland. Die Politik unternimmt nichts dagegen, weil sie es sich nicht mit der türkischen Regierung verderben will. Mehr als heuchlerische Lippenbekenntnisse zu unseren „europäischen Werten“ sind nicht zu hören.



CIZRE 2015 / 2016



Traumatische Erinnerungen an Cizre

Fünf Jahre nach unserer Reise, die uns nach Cizre nahe der irakischen Grenze führte holt uns die Erinnerung erneut ein. Anlass ist die geplante Abschiebung von Nazdar Ecevit, die 2016 in ihrer Heimatstadt Cizre in den von den Ausgangssperren betroffenen Häusern lebte, dort Verletzte behandelte und selbst verletzt wurde.

Vor unseren Augen erscheint die Bürgermeisterin Leyla Imret, die ihrer Ämter enthoben worden war und uns im Bürgermeisteramt mit leiser Stimme von den schrecklichen Ereignissen berichtete. Auch wenn es schon früher „Ausgangssperren“ gegeben hatte, wurden alle von der neuen Dimension der Gewalt und Brutalität völlig überrascht. 25.000 Polizisten und Spezialeinheiten, die die Schulen und das Krankenhaus besetzten, umzingelten das besetzte Viertel und beschossen die Häuser, in denen die Menschen waren, zu Trümmerhaufen. Die uns berichteten Grausamkeiten durch das türkische Militär, die man nur sadistisch nennen kann, haben wir unserem Bericht 2019 teilweise beschrieben. Das zerstörte Stadtviertel, das wir anschließend sahen, verschlug uns die Sprache: Folgen eines wochenlangen Raketenbeschusses – Trümmerhaufen von bis zu vierstöckigen Häusern mit Resten von Alltag: ein Rollstuhl im „Wohnzimmer“, ein Bild, das einst an einer Wand hing, ein Stück beschriebenes Papier, herumliegende Kleidungsstücke von Schutt bedeckt, eine Pik Herz Karte auf dem Boden, ein Bild von Atatürk zwischen Schotter, ein Buch, ... und dazwischen wenige herumirrende Menschen, ein alter Mann, der am Stock ging, eine Familie, die versuchte, noch Besitztümer und Möbel auf einen kleinen Lastwagen zu laden, einige Kinder, die uns verschämt anschauten, eins die Hand zum Victoryzeichen erhoben... Alles wirkt auf uns unreal wie ein Albtraum. Wir verlassen das Gebiet, als sich Panzer nähern, die unseren Touristenstatus vielleicht in Zweifel ziehen könnten.

Dass Cizre nur eine von mehreren Städten (Şırnak, Diyarbakir etc.) war, denen es ähnlich erging, war uns damals nicht klar. Bei späteren Besuchen konnten wir erst allmählich das Ausmaß der physischen Schäden erfassen. Was bisher unbekannt geblieben ist, sind die seelischen und sozialen Schäden für Frauen, Männer, alte Menschen – vor allem für Kinder und Jugendliche. Auch Frau Ecevit trägt die Narben dieser schrecklichen Erinnerungen mit sich herum. Bisher haben deutsche Behörden und Gerichte diese Narben der Gewalt nicht ernst genommen. Später zu Hause können wir diese Erlebnisse nur schwer vermitteln.

Resümee

Aus der Not, nicht ein- und ausreisen zu können, haben wir uns entschlossen, zumindest unsere langjährigen Gesprächspartner*innen und Organisationen in Diyarbakir zu treffen – im Netz. Dank der guten Vermittlung unserer Dolmetscherin vor Ort sind wir wieder einem guten, repräsentativen Querschnitt der kurdischen Zivilgesellschaft in Diyarbakir begegnet und konnten auch mit alten Freunden in Ankara sprechen. Vieles war anders in diesem Jahr: die schon vertraute orientalische Atmosphäre, die Muezzinrufe, das emsige Gewimmel in der Stadt fehlte, das Schlendern durch die Gassen, das wunderbare kurdische Essen, das ständige Angebot von Teekultur und Gastfreundschaft, die direkten Begegnungen mit den Menschen, das alljährliche Newrozfest, das wir gemeinsam feiern konnten – all das haben wir vermisst. Es hat die Sehnsucht nach einer realen Reise im nächsten Jahr umso intensiver geweckt. Auch die Sinne reisen mit!

Die Gespräche waren sehr intensiv und informativ. Dank der Videotechnik konnten wir uns gegenseitig sehen. Im Bewusstsein geographischer und pandemiebedingter Distanz brachte das eine andere, neue Nähe mit sich. Als rote Fäden zogen sich durch alle Gespräche drei wichtige Hauptthemen: Die Bewältigung der Pandemie, die staatliche Repression und die soziale/politische Spaltung der Gesellschaft als Folge der weltweiten Krise und der innenpolitischen Gegebenheiten. Wie durch ein Brennglas haben wir Einblick auch in die drohende Entwicklung unserer eigenen gesellschaftlichen Zukunft bekommen, die sich heute schon anbahnt. Gerade in der Bewältigung der Pandemie sahen wir viele Parallelen zur Situation in Deutschland: unzureichende Informationen durch staatliche Stellen, Zurückhalten von Zahlen, eher hilfloses Agieren zwischen Öffnung und Schließung des öffentlichen Lebens, Fehlverteilung notwendiger medizinischer Ressourcen von Schutzkleidung über Testmöglichkeiten bis hin zum knappen Impfstoff. Wie bei uns haben die Ärmsten in der Gesellschaft das Nachsehen und sie vor allem müssen die sozialen und wirtschaftlichen Lasten tragen. Frauen und Kinder sind in der Türkei wie bei uns durch den „Lockdown“ besonders betroffen. Junge Familien, vor allem die Mütter, tragen die größte Last. Häusliche Gewalt, Auseinanderbrechen von Familienstrukturen und besonders das Wegbrechen des informellen ökonomischen Sektors für kleine Gewerbetreibende, Tagelöhner, Gelegenheitsarbeiter und Künstler, eine Entwicklung, die schon weit vor der Pandemie begonnen hat, durch sie aber verstärkt wurde. Das beschrieben alle unsere Gesprächspartner*innen als ähnliche Erfahrungen, wie wir sie auch hier machen. Auch unter dem Vorwand des Infektionsschutzes werden die notwendigen Proteste und Widerstandsaktionen auf der

Straße unterdrückt und in private Räume und das Netz gedrängt. So lassen sich unliebsame Maßnahmen bequemer durchsetzen. In den kurdischen Gebieten, aber auch in der gesamten Türkei ist der Aufbau des neoliberal umstrukturierten repressiven Staates viel spürbarer als bei uns. Der Rechtsstaat ist mittlerweile weitgehend zerstört, die willkürliche Repression überall zu spüren und Angst und Unsicherheit um die reale Existenz sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Während das Überleben von Randgruppen im reichen Deutschland noch abgeduldet wird, trifft die wirtschaftliche und politische Spaltung besonders die kurdische Gesellschaft in der Türkei hart.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt der aktiven Teile der kurdischen Zivilgesellschaft ist viel besser entwickelt als bei uns. Die Erwartungen und das Vertrauen in Regierungen, auch in die der EU haben sie abgelegt, vertrauen viel mehr auf die eigenen kommunalen Kräfte, Ideen und Ressourcen, um langfristig aus der Krise herauszukommen. Sie strahlen Zuversicht aus, dass sich die Verhältnisse nach einer dunklen Periode zu ihren Gunsten verändern werden. Hier können wir von den kurdischen Aktivist*innen lernen, ihrem Mut und der Beharrlichkeit, mit der sie die Probleme angehen. Auch deshalb ist der regelmäßige Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene, wie wir ihn hier praktizieren, so wichtig und produktiv.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

- Eine Aufhebung des PKK-Verbots, das alle politisch aktiven Kurd*innen in Deutschland stigmatisiert und viele kriminalisiert.
- Ein Ende der Zusammenarbeit der türkischen und deutschen Geheimdienste und der Polizei bei der Bedrohung und Verfolgung oppositioneller Politiker*innen und Journalist*innen.
- Die Unterstützung kurdischer Vereine in derselben Weise wie der türkischen für ein gedeihliches Zusammenleben beider Bevölkerungsgruppen hier bei uns.
- Die Anerkennung oppositioneller Türk*innen und Kurd*innen aus der Türkei als politische Flüchtlinge, solange das repressive AKP/MHP-Regime ihre Freiheit und oft auch ihr Leben gefährdet. Die derzeitige Türkei ist kein sicherer Drittstaat.
- Aufkündigung des EU-Türkei-Deals und stattdessen eine abgestimmte ehrliche Flüchtlingspolitik, die den Schutzbedarf der geflüchteten Menschen im Blick hat und eine menschenwürdige Zukunft.
- Einstellung der Waffenexporte trotz der NATO-Verpflichtungen, solange die Türkei ihre innerstaatlichen Konflikte nicht mit friedlichen Mitteln löst und ihre völkerrechtswidrige Expansionspolitik in die Nachbarstaaten fortsetzt.

Zur Reiseleitung:

Dr. Gisela Penteker ist Allgemeinärztin i. R. in Otterndorf an der Nordsee und seit 1983 Mitglied der IPPNW. Seit über 20 Jahren führt sie gemeinsam mit dem Dipl.-Sozialpädagogen Mehmet Bayval aus Frankfurt (Main) Delegationsreisen in die Türkei/Kurdistan durch.

Teilnehmer*innen der Reise und Autor*innen des Berichts:

Teilnehmer*innen: Ernst-Ludwig Iskenius, Elke Schrage, Sigrid Ebritsch, Nesmil Ghassemilou, Friedrich Vetter, Christa Blum, Friederike Speitling, Herbert Schmalstieg, Gisela Penteker. Serra Bucak unterstützte die Gruppe als Dolmetscherin.

**Diskussionsabend: 14. Oktober 2021, 19-21 Uhr
VHS Braunschweig und online**

Unsere Gesprächspartner aus der Türkei sind vom 9. bis zum 29. Oktober 2021 in Deutschland! Sie werden sich mit deutschen Gruppen über medizinische, psychologische und friedenspädagogische Arbeit austauschen und Netzwerke knüpfen.

Wir laden Sie herzlich ein zur Diskussion am Donnerstag, 14. Oktober 2021, um über die Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen und friedenspolitischen Engagements in der Türkei und in Deutschland zu sprechen.

Anmeldung bei Gisela Penteker: g.penteker@gmail.com

Spenden

Für die Finanzierung dieser Reise sind wir auf Spenden angewiesen. Wenn Sie das Projekt unterstützen möchten, nutzen Sie unser Direktspendentool oder spenden Sie auf das IPPNW-Konto bei der GLS-Bank, IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01 – Stichwort: Türkei

Direktspende: ipnw.de/bit/direkt-spende

Weiterlesen

Blogbeiträge unserer Gruppe, blog.ipnw.de/tag/turkei
Amnesty International, www.amnesty.de
Medico international, www.medico.de
Demokratisches Türkeiforum, www.tuerkeiforum.net
Civaka Azad, civaka-azad.org
Azadi Rechtshilfefonds, www.nadir.org/azadi
AI Monitor, www.ai-monitor.com
TIHV (englisch), en.tihv.org.tr
IHD (englisch), ihd.org.tr/en

Nützliche Nachrichten:
Kontakt: Memo Sahin,
dialogkreis@t-onlinde.de

Diesen Reisebericht können Sie im IPPNW-Shop bestellen: shop.ipnw.de

Online-Version unter: www.issuu.com/ipnw

Endredaktion: Dr. Gisela Penteker, Regine Ratke, Angelika Wilmen
Layout: IPPNW e. V. / Regine Ratke

